

**Annoncen**  
Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wihelmstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
In Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Meseritz bei Ph. Matthijs.

# Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Jr. 293.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 26. April.

Inserate 20 Pf. die jährlich geleistete Postzelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

## Amtliches.

Berlin, 25. April. Der Kaiser hat im Namen des Reichs den Kaufmann Charles Melbado zum Konsul in Belize (Britisch Honduras) ernannt.

Der König hat den Senats-Präsidenten Koch bei dem Oberlandesgericht in Posen in gleicher Amtseigenschaft an das Oberlandesgericht in Breslau versetzt; sowie die Gerichtsassessoren Schwendowitsch in Gleiwitz und Leber in Wilhelmshaven zu Amtsrichtern ernannt; und dem Mezgermeister Nikolaus Schweizer zu Koblenz das Prädikat eines königlichen Hof-Lieferanten verliehen.

Am Friedrichs-Werderschen Gymnasium zu Berlin ist die Förderung des orientlichen Lehrers Dr. Wilhelm Ferdinand Paul Geyer zum Überlehrer genehmigt worden.

Dem Thierarzt erster Klasse Jakob Ort zu Gladbach ist die bisher von ihm kommissarisch verwaltete Kreishierarchie des Kreises Biedenkopf definitiv verliehen worden.

## Vom Landtag.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung.

Berlin, 25. April. 12 Uhr. Am Ministerische: Lucius, Bitter, Maybach, v. Buttlamer und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Verathung des Gesetzentwurfes betreffend die Erweiterung, vervollständigung und bessere Ausführung des Staatsbahnhinnes.

In der Generaldiskussion kommt Abg. v. Hellendorff auf die von ihm bereits bei der zweiten Lesung zur Sprache gebrachten Beschwerden mehrerer Grundbesitzer der Provinz Sachsen wegen der von ihnen projektierten, aber vom Minister nicht genehmigten Eisenbahnbauten zurück. Der Minister hat diese Unternehmungen schamlos als Gründungen bezeichnet. Es ist das ein geschickter Kunstrat, ein so beliebtes Stichwort zu gebrauchen, um damit bei einem Theile des Hauses Beifall zu ernten. Zu den Theilnehmern jener Unternehmungen gehören die angesehensten Grundbesitzer der betreffenden Gegend, die die eifrigsten Vertreter des jeweiligen Regierungssystems, insbesondere des Staatsbahnhinnes sind. Bei dem einen Projekt haben sich eine Anzahl Vertreter von Städten, ferner Landwirthe und Zuckersfabrikanten an einen Bauunternehmer in Berlin gewandt, er möge sich um die Erlaubnis zu den Vorarbeiten bemühen. Von der Beschaffung des Kapitals war noch gar nicht die Rede. Ist das etwa eine Gründung? Bei einem anderen Projekt war die Zeichnung, die vom Minister genehmigt wurde, schon erfolgt, das Projekt in aber doch fallen gelassen worden, weil die dabei hauptsächlich beteiligten Zuckerfabrikanten sich über die Kostensteilung nicht einigen konnten. Kann hier vielleicht von einer Gründung die Rede sein? Wollten hier die Unternehmner in irgend einer Weise auf unredlichem Wege fremdes Kapital zu ihrem Nutzen verwenden? Sollte der Minister, dem viele Millionen nur zu leicht bewilligt wurden, glauben, daß nur der zu berücksichtigen sei, der selber Geld hat? Weiß er nicht, daß trotz der vielen Millionen noch andere Millionen nötig sein werden, wenn es nicht gelingt, für die Sekundärbahnen Privatkapital flüssig zu machen?

Minister Maybach: Der Vorredner hat sich mißverstanden, wenn er meint, ich hätte den Grundbesitzern den Vorwurf gemacht, daß sie Gründungen provoziert wolle. Der anstößige Punkt war mir bei jenen Projekten der Bauunternehmer. Wir müssen in dieser Beziehung sehr vorsichtig sein. Es ist der Fall vorgekommen, daß von einem Kapital von 1½ Millionen etwa 3 bis 500.000 M. von den Interessenten, dagegen von dem Bauunternehmer allein 1 Million gezeichnet wurden. Als nun die Regierung geprüft hat, ob der Bauunternehmer die nötige Garantie bieten kann, hat sich herausgestellt, daß er ein Vermögen von höchstens 100.000 M. besitzt. Ist das eine genügende Bürgschaft? Man soll uns doch nicht zumuthen, daß wir wieder nach dem Strousberg'schen System Unternehmungen zulassen. Den anderen bei den zur Sprache gebrachten Unternehmungen beteiligten Personen will ich durchaus keinen Vorwurf machen und der Abg. v. Hellendorff hat Unrecht, wenn er Vorwürfe, die gegen ihn nicht gerichtet waren, auf sich bezieht. Eine große Anzahl von Sekundärbahnen wird allerdings nur mit Privatkapital erbaut werden können, aber es ist die Pflicht der Regierung darauf zu achten, daß die Finanzierung eine solide ist. (Beifall rechts.)

Abg. Neichenperger (Köln): Aus dem Füllhorn von Millionen werden Summen nach Ost und West, nach Nord und Süd verteilt; nur einzelne Orte und Gegenden stehen mißmutig zur Seite. Zu diesen gehört Köln. Ich habe das Vertrauen zu dem Minister, daß er für Köln die bedauerliche Ruheperiode nicht dazu benützen wird, um Köln noch weiter auszupressen. Wenn Köln in finanzieller Beziehung herangezogen wird, dann möge es in mäßiger Weise geschehen. Es werden bei den Bahnen große Neubauten aufgeführt und wir haben ein großes Interesse daran, auf die Art und Weise zu achten, wie bei der Ausführung derselben vorgegangen werden soll. Wir haben in Deutschland eine Backstein-, eine Bruch- und Hausteine-Zone, was bei den Bauten hauptsächlich berücksichtigt werden muß. Man darf nicht vergessen, daß wir bei unseren Eisenbahnbauten nicht bloß das Urteil des Inlandes, sondern auch des Auslandes zu gewärtigen haben und da ist darauf zu sehen, daß wir uns nicht blamieren. Namentlich müssen die Hochbauten in ästhetischer Beziehung möglichst vollendet ausgeführt werden und das verurteilt keine größeren Ausgaben, denn die Schönheit kostet nichts. Nehmen wir uns in dieser Hinsicht England zum Vorbild.

Abg. Wehr: Die Kommunallasten sind im Osten nicht geringer als im Westen; wenn auch die Ziffern niedriger erscheinen, so darf man doch nicht vergessen, daß im Osten viele Kommunen noch Naturlasten zu tragen haben. Ich halte den Gedanken für richtig, daß den Gemeinden der von ihnen abzutretende Grund und Boden bezahlt werden sollte, die Kreise könnten dann das Geld auf Chausseegebäuden verwenden. Auf meinen Antrag, daß die Grunderwerbskosten vom Staate zu tragen seien, komme ich deshalb nicht zurück, weil derselbe jetzt wahrscheinlich nicht angenommen würde. Die Sekundärbahnen haben dem Lokalverkehr zu dienen, es ist daher sehr zu wünschen, daß dieselben möglichst viele Stationen erhalten.

Abg. Ritter: Wir stehen hier vor der wichtigsten wirtschaftlichen Frage, die aber leider noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit erfahren hat. In dem letzten Dezennium sind große Summen des

Nationalvermögens dadurch verschwunden, daß man bei dem Sekundärbahnbau keinen klaren Plan hat. Und diese Unklarheit wächst von Jahr zu Jahr. Es ist dem Minister nicht zu verargen, wenn er, müde durch die großen Arbeiten, die er sich selbst aufgebürdet hat, Zeit gewinnen will und sich nicht gerne zu Neuverhandlungen drängen läßt. Aber das Land kann nicht warten, es hat ein Recht über die Stellung des Ministers zu der vorliegenden Frage Auskunft zu erhalten. Will der Staat die Sekundärbahnen selbst bauen oder läßt er dem Privatkapital freien Spielraum? Der Minister scheint sich darüber selbst noch nicht klar zu sein. Wenn Demand das Wort "Gründung" ausspricht, so findet er auf gewisser Seite stets Beifall. Unserer Nation wurde genug dadurch geschadet, daß man bei gewissen Unternehmungen gleich von Gründungen gesprochen hat. Ich will durchaus nicht für Gründungen eintreten, aber ich meine, je höher man steht, desto vorsichtiger muß man sein, wenn man über dieselben öffentlich spricht. Was soll das Land glauben, wenn der Minister sagt, daß er seine Vorwürfe nicht gegen die Gutsbesitzer, sondern gegen den Bauunternehmer gerichtet habe? Warum soll der Bauunternehmer nicht ebenso ein anständiger Mann sein? Das Land hat wohl ein Interesse daran, daß den Gründungen entgegengetreten, aber den Bau solider Lokalbahnen möglichst erleichtert werde. Letzteres thut aber der Minister nicht. Er hat der Sache seine Aufmerksamkeit gewidmet, die Angelegenheit kommt aber nicht von der Stelle. Wie steht es mit den anderweitigen Koncessionsbedingungen? Wir haben seit Monaten gewartet, aber bis jetzt nichts gehört. Darunter leidet namentlich die Landwirtschaft, die an der Etablierung des Lokalverkehrs ein besonderes Interesse hat. Wenn man für Pferdebahnen die Bedingungen erleichtert, warum nicht auch für die Dampfeisenbahnen? Wir haben uns aber daran gewöhnt, ein Befehl, das der Dampf zieht, für allzu bedenkllich zu halten. Der Minister möge doch seinen Blick von den großen Aufgaben auch auf die kleinen Bedürfnisse lenken und diesen dasselben Wohlwollen zuwenden, wie jenen. Den Bau der Lokalbahnen kann der Staat allein nicht leisten; will das etwa der Minister, so werden die Renten aus den Staatsbahnen sehr bald verschwinden. Ich richte schließlich an den Minister die Anfrage, was aus der von dem Abgeordnetenhaus gefaßten Resolution geworden ist, und in welchen Fällen der Minister darauf verzichtet, daß die Sekundärbahnen auf Staatskosten ausgeführt werden?

Minister Maybach: Der Vorredner hat sich auf die Resolutionen berufen, die von dem Hause auf Vorschlag der Kommission, die 1880 die Verstaatlichung der Eisenbahnen zu berathen hatte, bezüglich der zukünftigen Gestaltung der Sekundärbahnen beschlossen wurden. Die eine derselben ging darin, daß für die lediglich oder ausschließlich dem Lokalverkehr dienenden Eisenbahnen minderer Ordnung noch weitergehende Erleichterungen in Bezug auf die gegenüber der Militär-, Post- und Telegraphen-Verwaltung zu übernehmenden Verpflichtungen für zulässig erklärt bzw. gesetzlich festgestellt werden. Es haben Verhandlungen stattgefunden, welches Maß von Erleichterungen zu gewähren sei. Diese Verhandlungen haben zu einem Resultat geführt, und die Koncessionsbedingungen, die hier aufgestellt worden, werden den Konzessionen u. s. w. gelegt. Es ist behauptet, daß Sekundärbahnen im Wege der Privatunternehmung in neuerer Zeit nicht zu Stande gekommen sind. Dem gegenüber weise ich auf die zahlreichen Konzessionen hin, die für verschiedene Theile des Landes stattgefunden haben, und wenn Privatunternehmer sich nicht noch mehr beteiligen, so liegt das darin, daß die meisten Sekundärbahnen keine rentablen Unternehmungen sind. Eine weitere Resolution besagte, daß auch der Bau von schmalspurigen Lokalbahnen in geeigneten Fällen staatsseitig gefördert werden möge. Solche Bahnen sind meines Wissens gar nicht zu Stande gekommen, selbst da nicht, wo die Staatsregierung den Anstoß dazu gegeben hat. Sodann verlangt eine andere Resolution größere Beschränkungen in Betreff der Festsetzung der Tarife der Wagenklassen und des Fahrplanes. Das ist auch geschehen. Was also von der preußischen Regierung im Bezug auf die Erleichterung des Sekundärbahnwesens durch Privatunternehmungen hat geschehen können, das ist geschehen. Wir müssen aber mit der Reichs-, Militär- und Postverwaltung rechnen. Ich habe in allen Fällen, in denen ein anständiges Unternehmen geplant wird, gern unterstützt, wenn die Geldmittel und nötigen Garantien vorhanden waren, in Folge dessen sind auch eine Menge solcher Unternehmungen zu Stande gekommen. Bei Sekundärbahnen kommen ferner militärische Gesichtspunkte in Betracht, und es muß stets beachtet werden, ob eine Anlage auch dem Vertheidigungsbedürfnisse des Landes entspricht. Wenn gesagt wurde, daß der Staat zu teuer bau, so sollte man spezielle Fälle anführen. Die Mahnung nach Vorsicht bei öffentlichen Neuerungen ist für mich überflüssig. Den allgemeinen Satz wird Niemand anfechten, es möge solide finanziert werden. Gewiß gibt es viele Bauunternehmer, die anständige Leute sind, vielleicht sind sie es alle, aber damit ist nicht gesagt, daß sie die Mittel besitzen, das Unternehmen solide auszuführen. Ich wende meine ganze Aufmerksamkeit dem Gegenstande zu, aber bei der Schwierigkeit unserer Finanzlage, bei der Schwierigkeit, die sich heute überhaupt herausstellt, für Unternehmungen von geringer Rente ein solides Kapital in genügendem Maße zu finden, haben wir den Weg eingeschlagen, den wir Ihnen auch jetzt vorschlagen, weil ich glaube, daß auch in diesem Falle das Wort zutrifft: "Grau ist alle Theorie und grün des Lebens goldener Baum!" (Beifall rechts.) Ruf: Aber nicht der Gifbaum! Heiterkeit)

Es folgt die dritte Verathung des Entwurfes einer Landesverordnung für die Provinz Westfalen, welche in zweiter Lesung unverändert nach den Beschlüssen des Herrenhauses genehmigt ist.

Abg. Neusch: Für die Erhaltung eines kräftigen Bauernstandes sind meine politischen Freunde nicht minder wie die Herren von der Rechten bemüht. Soweit der Gesetzentwurf dies beweist, stehen wir demselben also nicht entgegen. Aber in der vorliegenden Verfassung ist uns derselbe unannehmbar. Er soll notwendig sein, um der zunehmenden Zersplitterung der Güter zu wahren. Nun, das Oberlandesgericht zu Hamm erläutert in einem Gutachten ausdrücklich, daß ein Bedürfnis zu einer solchen Abwehr gar nicht vorhanden ist. Verneint eine so kompetente Behörde das Bedürfnis, so entsteht für uns die weitere Frage, wo u. ist das Gesetz eingezogen? Die Antwort gibt uns das andere Haus, wo die Herren deutlicher sprechen. Da hat Herr von Würbach erklärt, daß mit dem Gesetz der Kampf gegen das römische Recht aufgenommen werden solle. Hier im Abgeordnetenhaus ist uns dagegen versichert, daß das Gesetz gar nichts Neues wolle, es solle nur eine leichtere und billigere Form für die rechtliche Opposition über die Güter schaffen. Und doch bringt das Gesetz nicht nur ein neues Recht, es übersteht

auch ganz, daß Westfalen keinwegs ein homogenes Ganzes ist. Während im Süden die freie Theilung besteht, kennt der nördliche Theil der Provinz eine abweichende Ordnung. Ich gebe zu, daß das Bestreben die ländlichen Güter in einer Hand zu erhalten in Westfalen stärker ist als in jeder andern Provinz. Aber Sitte ist doch noch lange nicht Gewohnheitsrecht, wie hier behauptet worden, und es ist kein Grund vorhanden die selbe gesetzlich zu fixieren. Die Taxen sind vollkommen willkürlich festgesetzt. Im Namen meiner politischen Freunde erkläre ich deshalb, daß wir gegen das Gesetz stimmen werden, weil dasselbe ein Schritt in der Richtung ist, das gemeine Erbrecht einer weiten Classe der Bevölkerung zu beseitigen und das Institut der Majorate auch in die Kreise des bäuerlichen Besitzes einzuführen, weil dasselbe als Gesetz die Abfindung der Geschwister des Gutsübernehmers in vielen Fällen unbillig verfügt und einen idrophen Gegenstand von reich und arm in die einzelnen Familien tragen würde, weil die bestehende Sitte den Beweis liefert hat, daß der Bauernstand in Westfalen intelligent und opferwillig genug ist, um in den Fällen, wo die Erhaltung eines bäuerlichen Familienbesitzes wünschenswert ist, diesen ohne besonderes Gesetz durch billige Einigung unter den Interessenten zu bewirken, ein Akt der Gesetzgebung in dieser Richtung also nicht nötig ist.

Abg. Sombar will nicht bestreiten, daß augenblicklich der Bauernstand noch kräftig genug ist, die bestehenden Zustände aufrecht zu erhalten, aber es muß an die Zukunft gedacht werden. Wünschenswert wäre es auch, wenn in den Gegenden, wo jetzt die Latifundienwirtschaft herrscht, der kleine Bauernstand mehr etabliert würde.

Abg. Grumbrecht hält das ganze Gesetz für unannehmbar, gestützt auf die Erfahrungen, welche er in der Provinz Hannover gemacht hat. Hier habe sich herausgestellt, daß die Taxe auf Grund des Katastralreinertages um so müßiger sei, wenn man das Inventar, die Arbeiterwohnungen u. s. w., worauf es am meisten ankomme, nicht berücksichtige. In den verschiedenen Landesteilen sei überdies der wirkliche Reinertrag je nach der Verschiedenheit des Bodens und der Bevölkerung ein oft viel höherer, oft das dre- und vierfache des Katastralreinertages.

Damit schließt die Generaldiskussion; in der Spezialdiskussion werden die einzelnen Paragraphen und schließlich das ganze Gesetz genehmigt.

Es folgt die dritte Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Vertretung des lauenburgischen Landeskommunalverbandes. Die Regierungsvorlage wollte in Lauenburg eine Kreisordnung einführen, das Haus hat aber auf Antrag des Abg. Windhorst die Vorlage dahin geändert, daß bis zur anderweitigen Regelung die bisherige Verfassung bestehen solle.

Das Haus bestätigt seiner Beifall zweiter Lesung und genehmigt die Vorlage nach dem Antrage Windhorst.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Fortsetzung der Verathung der Vorlage über die Eisenbahnräthe; Ankauf der Anhaltischen Eisenbahn; Nachtragsetat; Hundesteuer.)

## Politische Übersicht.

Posen, 26. April.

Die Erwartung, daß der Bundesrat die Vorlage wegen Einführung des Tabaksmonopols seine Zustimmung ertheilen würde, hat sich als gerechtfertigt erwiesen. Außer den 18 preußischen Stimmen — Waldeck ist nur scheinbar einer der „verbündeten“ Staaten — sind noch weitere 18 Stimmen für das Monopol abgegeben worden, und zwar, von Württemberg abgesehen, seitens der kleineren und kleinsten norddeutschen Regierungen, welche sich dem Einfluß der preußischen Regierung nicht entziehen können. Von den süddeutschen Staaten hat nur Württemberg, d. h. die Regierung desjenigen Staates, der weder einen erheblichen Tabakbau noch eine erhebliche Tabakindustrie besitzt und deshalb schon seit den Zeiten des Zollvereins für das Monopol agitiert, dem Antrage der Reichsregierung zugestimmt. Bayern, Hessen, Baden und Sachsen, die Hansestädte und Oldenburg, mit Einem Worte: die größeren Staaten, welche in erster Linie an dem Tabakbau und der Tabakfabrikation und dem Tabakshandel beteiligt sind, haben gegen die Einführung des Monopols in Deutschland gestimmt. Am meisten Aufsehen wird das Votum Bayerns und Hessens hervorrufen, als derjenigen Regierungen, deren Beeinflussung sich die offiziöse Presse ganz besonders hat angelegen sein lassen. Die „Nord. Allg. Ztg.“ mußte neulich die hessische Regierung warnen, sich von der fortschrittlichen Agitation zu einem reichsfeindlichen Votum im Bundesrat verführen zu lassen. Die Gründe, welche die beiden Regierungen bestimmt haben, der Einführung des Monopols zu widersprechen, mögen hier unerörtert bleiben; je weniger stichhaltig dieselben sind, um so leichter hätte es der Reichsregierung werden müssen, die Bedenken zu überwinden. Wenn nicht nur Sachsen und Baden, sondern auch Bayern und Hessen sich gezwungen gesehen haben, dem Programm der Botschaft an den Reichstag vom 17. November v. J. zu widersprechen, so liegt darin eine moralische Niederlage der Reichspolitik, welche, wenn sie einmal unvermeidlich war, am besten durch rechtzeitigen Verzicht auf undurchführbare Projekte umgangen worden wäre. Unseres Wissens ist bisher vom Bundesrat nie eine so wichtige Maßnahme, wie die jetzt vorgeschlagene, gegen eine so starke und kompakte Minorität beschlossen worden, und da ist es selbstverständlich, daß der Reichstag dieser Minorität eine größere Bedeutung beilegt als der numerischen Majorität, welche durch die Stimmen Preußens und seiner Gefolgschaft gebildet wird. — Die „N. L. C.“ bemerkte zu dem Gegenstande:

„Die Abstimmung im Bundesrat trägt, wie niemals zuvor bei

einer großen Frage, den Charakter einer Majorisierung der mittleren Bundesstaaten durch Preußen und die Kleinstaaten."

Unter den Abänderungen, welche das Unfallversicherungsgesetz, wie es augenblicklich dem Bundesrat vorliegt, gegen frühere Entwürfe erlitten hat, ist am wichtigsten die Bestimmung, welche die Aufbringung der Gelder regelt. Danach sollen getragen werden 60 p.Ct. der Entschädigungen von der Gesamtheit aller Unternehmer derjenigen Gefahrenklasse, welcher der von dem Unfall betroffene Betrieb angehört, 15 p.Ct. sollen der Betriebsgenossenschaft, welcher, oder dem Betriebsverbande, welchem der vom Unfall betroffene Betrieb angehört, zur Last fallen, und 25 p.Ct. dem Reich. Hierach soll also der Reichszuschuß in Höhe eines Viertels verlangt werden statt eines Drittels, wie früher vorgeschlagen war. Dieses Entgegenkommen sieht man mehrfach als einen Vorläufer dafür an, daß die Regierung den Reichszuschuß einstweilen ganz fallen lassen wird. Das wäre, wie bereits einmal von uns hervorgehoben wurde, die zweite einschneidende Korrektur, welche die Regierung ihrer vorjährigen Vorlage angeheben läßt; die erste bestand darin, daß die zentralisierte Reichsanstalt fallen gelassen wurde. Damit steigern sich die Aussichten dafür, daß die Vorlage zu Stande kommen werde.

"Es ist Alles schon dagewesen." Auch die Zeiten des Staatssozialismus und der Monopole hat unser Vaterland schon durchgemacht, und dieselben Argumente, welche uns heute als nagelneu vorgeführt werden, sie sind schon vor einer Reihe von Menschenaltern an's Tageslicht getreten und sind längst durch Thatsachen widerlegt worden. Die Menschen lernen leider nur selten aus früher von Andern gemachten Erfahrungen; sie müssen meist dieselben Erfahrungen an sich selbst erleben, um erst aus dem Schaden klug zu werden. Wer aus historischen Thatsachen keinen lernen will, wie die Lehren, welche von den Verfechtern der neuen sog. "nationalen" Wirtschaftspolitik angepriesen werden, sich in der Vergangenheit bewährt oder vielmehr nicht bewährt haben, der wird mit großem Nutzen die neueste Schrift Karl Braun's lesen, welche in diesen Tagen unter dem Titel "Von Friedrich dem Großen bis zum Fürsten Bismarck. Fünf Bücher Parallelen zur Geschichte der preußisch-deutschen Wirtschaftspolitik" (Berlin, Leonhard Simion) zur Ausgabe gelangt. Es ist ein stattlicher Band von 334 S.; es ist darin eine erstaunliche Menge historischen Materials verarbeitet und doch möchte man Dank der trefflichen, in gutem Sinne populären Behandlungsweise des Autors das Ganze in einem Zuge durchlesen. Zunächst werden uns die wirtschaftlichen Verhältnisse im alten deutschen Reich seit dessen Anfängen und in den einzelnen Territorialstaaten in großen Zügen vorgeführt. Wir sehen u. A., wie die Territorialgouvernements, auf dem Gebiete der direkten Steuern durch das Reich beschränkt, sich, nach französischem Vorbild, das der indirekten Abgaben nutzbar mache, auf dem sie weniger kontrolliert werden konnten. Statt den Verkehr zu schützen, suchte man ihn „bluten zu machen“ durch Monopole, Regalien und Zölle. In Brandenburg-Preußen sehen wir dies System unter dem ersten Könige Friedrich I. bis zu einem hohen Grade ausgebildet. Mit großem Erfolg bringt dann Friedrich Wilhelm I. Einheit, Einfachheit und Ordnung in das Steuer- und Finanzwesen. Dessen großer Sohn folgt in der Zeit seiner Jugendfrische, in den ersten 20 Jahren seiner Regierung, im Ganzen den bewährten Grundsätzen seines Vaters, um dann, vorauslaßt durch den französischen Philosophen und Generalsteuerpächter Helvétius, durch ein Heer französischer Beamten das Regie-, Accise- und Monopolysystem bis zur größten Schärfe und Härte auszubilden und von nun an auf wirtschaftlichem Gebiete nichts mehr als Mißgriffe und Mißerfolge, mißlungene Anläufe und Trümmer zu erzielen. Die Schilderung der Regierungswirtschaft unter Friedrich dem Großen ist von hohem Interesse; wir sehen die Mehrzahl der Irrtümer, welche heute auftauchen, an der Herrschaft und erleben ihr Fiasko. Preußen atmet erleichtert auf, als Friedrich's Nachfolger Erleichterung des Accise- und Zolldrucks verspricht. Doch erst unter Friedrich Wilhelm III. knüpft man, als bei Jena der alte gebundene Staat zusammengebrochen, mit Erfolg an die Grundsätze von des großen Friedrich Vorgänger an und legt den Grund zu unserer wirtschaftlichen Größe, unserer wirtschaftlichen Einheit, die dann die politische Einheit ermöglichte. Wer die Geschichte dieser und der folgenden Zeit studirt, lernt erst die wirtschaftliche Geschichte der Gegenwart verstehen. Für die Geschichte der letzten Decennien ist der Verfasser ein um so kompetenterer Führer, da ihm vergönnt war, in hervorragender Weise mit daran thätig zu sein.

Als ein Zeichen der Zeit darf es vielleicht angesehen werden, daß die in Dortmund erscheinende schutzzöllnerische "Gewerbezeitung" eines plötzlichen Todes verstorben ist. Nicht als ob das Blatt sich durch sachlich hervorragende Leistungen irgend welche Bedeutung errungen hätte. Mit einem gewissen Eklat ins Leben gerufen und mit der pomposhaften Bezeichnung "Organ für die nationale Industrie und das Wohl ihrer Arbeiter" ausgestattet, ist es doch niemals mehr als ein lokales Blatt zur Vertretung der Interessen der schutzzöllnerischen Großindustriellen in Rheinland und Westfalen geworden. Hervorgeholt hat es sich nur durch eine Eigenschaft: einen Radikalismus in der Sache wie in der Form. Es hat in der That, wie die Redaktion in ihrem Abschiedswort hervorhebt, das Schutzzöllnsystem mit allen Konsequenzen vertreten, und ist in dieser Vertretung auch vor keiner Konsequenz im Ausdruck zurückgeschreckt. Seine Polemik gegen die Gegner der Schutzzöller strotzte von Grobheiten und Schmähungen. Aus den wenigen Jahrzägen, zu welchen es dieses "Organ für die nationale Industrie" gebracht hat, ließe sich ein ganzes Lexikon von hämischen, schimpfenden und hekenden Worten und Wendungen zusammenstellen. Als Grund seines Aufhörens wird angegeben, daß es ihm nicht gelungen sei, den zahlreich aus gegnerischen Reihen zu uns übergetretenen oder neu begründeten Blättern gegenüber zu ausreichender Verbreitung durchzudringen". D. h. ohne Phrase: das Blatt ist an der

Schwindflucht gestorben, und diese Thatsache ist für den Stand der Schutzzöllnerei bei uns sicher nicht minder charakteristisch, als es seiner Zeit die Begründung eines solchen Organs war.

Die "R. A. B." schreibt: "Vor Kurzem wurde die Nachricht, daß der Domherr Wien zum Koadjutor des Bischofs von Kulm designirt sei, als unrichtig bezeichnet. Neuerdings ist von katholischen Blättern verbreitet worden, der Domherr Wanjura, welcher nach Rom gereist ist, sei der designirte Koadjutor. Diese Nachricht ist nun schon von der "Germania" als unbegründet bezeichnet worden. Als Grund seiner Designirung war in jenen Blättern vorzugsweise seine Kenntnis der polnischen Sprache, welche in der Diözese Kulm vorherrschend ist, hervorgehoben worden. Allerdings entspricht es der Absicht der Regierung, einen mit der polnischen Sprache vertrauten Koadjutor in jenem Bistum ernannt zu sehen; dies war auch der hauptsächliche Grund, weshalb auf den Domherrn Wien nicht reagiert werden konnte."

Ein wenig bekanntes Hamburger Blatt berichtete vor einigen Tagen, die Eckardt'sche Angelegenheit habe sich anders verhalten, als allseitig gemeldet worden: nicht der russische Geschäftsträger in Hamburg habe die fragliche Beschwerde erhoben, sondern der russische Botschafter in Berlin. Daraufhin sei von der Zentralstelle des deutschen Reiches aus an den Hamburger Senat das Ersuchen ergangen, die Fortsetzung der anstößigen Publikationen Eckardt's zu inhibieren. Eine Aufruforderung in diesem Sinne sei an denselben gelangt. — Wir, wie auch noch andere Blätter, z. B. die "R. B.", hatten von dieser, aus verschiedenen Gründen wenig glaubhaften Version keine Notiz genommen; da sie aber durch die Presse geht, erwähnen wir sie in Erwartung eines Dementis.

Folgende Mittheilung geht der "R. B." zu: "Um ein Zusammenwirken der Hilfs-Komités, welche sich in Anlaß der russischen Judenverfolgungen in verschiedenen Städten und Ländern gebildet haben, anzubauen, fand in Berlin eine Versammlung von Delegirten statt, bei welcher 15 Städte, darunter London, Paris, Wien und Newyork vertreten waren. Die Verhandlungen, welche am 23. und 24. April gepflogen wurden, haben nicht nur zu einer Vereinbarung zwischen den Komités der verschiedenen Länder, sondern auch zu einer Einigung der deutschen Komités unter ein in Berlin zu bildendes deutsches Zentral-Komitee geführt." Von anderer Seite wird auswärtigen Blättern berichtet: Das deutsche Komité (Sitz in Berlin) übernimmt die kontinentale Beförderung, London und Newyork, die Unterbringung der Auswanderer in Amerika und anderen transatlantischen Ländern. Nur solche Auswanderer, welche Aussicht haben, sich selbst zu ernähren, werden befördert. Alle Gelder müssen Berlin und London zugehen, welche mit den übrigen Komités verrechnen. (Auch hier in Posen ist, wie wir erfahren, die Bildung eines Komités zur Unterstützung der unglücklichen russischen Juden in nächster Zeit zu erwarten.)

Wie aus München gemeldet wird, sind daselbst ein französischer Offizier Baron Graillier, ein ehemaliger bayrischer Offizier Baron Kreittmayr und ein Münchener Kaufmann verhaftet worden, welche in dem dringenden Verdacht stehen, sich des Landesverrats schuldig gemacht zu haben. Wie verlautet, handelt es sich um die versuchte Auslieferung von Festungsplänen. Die Polizei verdankt das Beweismaterial dem Landwehrleutnant Fleischmann, welcher anscheinend auf die ihm für seine Unterstützung des Verbrechens gebotene Belohnung von 30,000 Mark einging, sofort aber die Polizei verständigte. Außer den Genannten ist auch die Geliebte des Baron Kreittmayr in Haft genommen.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 25. April. [Das Tabakmonopol im Bundesrat. Kontroll-Kommission der Eisenbahnverwaltung.] Innerhalb der Reichsregierung und wohl auch inmitten des Bundesrates hat Niemand erwartet, daß Fürst Bismarck sich wegen der Verhandlung dieser Körperschaft über das Tabakmonopol aus Friedrichsruhe nach Berlin bemühen würde. Dazu lag keinerlei Grund vor, denn schon vor Wochen war entschieden, was ich Ihnen damals schrieb: daß selbst im Falle einer faktischen Majorität gegen das Monopol im Bundesrat die Sache so eingerichtet werden würde, daß der Entwurf an den Reichstag gelangen könnte; darauf waren denn auch die schwankenden Nachrichten über die vermutliche Abstimmung einzelner Staaten zurückzuführen: ihr Wuth zum Nein wuchs in demselben Maße, als es sicher schien, daß dem Kanzler auf ihr Ja nicht viel anfiel, weil ohnehin die Majorität gesichert war. Von einem Kleinstaat erzählt man sich, daß er gestern, um in dieser Beziehung ganz sicher zu gehen, bei der Abstimmung zuerst Wiene mache, sich zu enthalten, dann aber, beruhigt über die auf alle Fälle gesicherte Majorität, heldhaft mit Nein votirte. Ernsthaft war der Entschluß, durch ihre Abstimmung möglichst auf die Verwerfung der Vorlage hinzuwirken, nur bei Sachsen, Baden und den Hansestädten; Bayern, Hessen und die übrigen Mitglieder der Minderheit waren nicht weniger Gegner des Monopols, namentlich auch mit Rücksicht auf die Stimmung in den betr. Staaten und Landesvertretungen, aber ihnen kam es nur darauf an, dieser Auffassung dann Ausdruck zu geben, wenn dies möglich war, ohne dadurch sich dem Willen des Kanzlers entgegenzusetzen; sie wünschten nicht zu siegen, sondern überstimmt zu werden. Es ist denn auch guter Grund zu der Annahme vorhanden, daß diese Mitglieder der Minderheit mit ihrem Votum nicht einmal die Unzufriedenheit des Fürsten Bismarck sich zugezogen haben, sondern daß dasselbe in Friedrichsruhe unter den obwalgenden Umständen — nämlich da es nichts hindert und auch nicht bestimmt war, als ein Hindernis zu wirken — als eine harmlose Konzession an die betreffenden Kammern betrachtet wird. — Die heute in der Eisenbahn-Kommission erfolgte Ablehnung des gestern im Plenum improvisirten Antrags auf Bildung einer

parlamentarischen Kontroll-Kommission, welche dauernd der Eisenbahn-Verwaltung zur Seite stehen sollte, war vom ersten Augenblick an nicht zweifelhaft, und er konnte daher nur Gründe der Partei-Strategie haben. Vom Standpunkt der Regierung aus war es selbstverständlich, daß sie sich einer derartigen Neuerung nicht ohne Weiteres fügen würde; es ist sehr zweifelhaft, ob sie es gethan hätte, als die Verträge mit der Thüringischen, der Bergisch-Märkischen Eisenbahn etc. noch nicht genehmigt waren; der jetzt nur noch allein rückständige Vertrag mit der Anhalter Bahn, den jetzt abzulehnen für das Abgeordnetenhaus jedenfalls sehr schwierig wäre, konnte auf eine solche Konzession der Regierung keinenfalls als Kompromiß wirken. Man muß aber auch sagen, daß mit diesem, am Schlus einer zweiten Lesung improvisirten Antrage ein Prinzip aufgestellt wurde, das denn doch einer reiflicheren Prüfung bedarf; wenn der Eisenbahn-Verwaltung eine solche Aufsichts-Kommission des Landtags zur Seite gestellt werden soll, so würde es sich ganz ebenso empfehlen, eine ähnliche Kommission für die Bergwerks- und Hütten, vielleicht auch eine für die Forstverwaltung zu schaffen. Es mag sich Manches dafür — wie andererseits auch Manches dagegen — sagen lassen; aber klar ist, daß damit das Verhältnis der Volksvertretung und der Verwaltung in einer Weise modifiziert würde, welche geradezu auf eine Verfassungsänderung herauslädt. Daß etwas Derartiges nicht beiläufig in einem Spezialgesetz, und obenan in einem der letzten Stadien der Berathung darüber, beschlossen werden kann, wird sich schwer bestreiten lassen; die Staatschulden-Kommission, deren Aufgabe eine ganz andere ist, als die der gestern beantragten Kommission sein sollte, kann dafür keine Analogie abgeben. Es ist denn auch auf die Annahme schwerlich abgesehen gewesen; der Kalkül auf die Wahlen hat jedenfalls den größten Anteil an dem Antrag gehabt.

## Locales und Provinziales.

Posen, 26. April.

Hr. Konzert. Wie uns mitgetheilt wird, beabsichtigt die Zigeuner-Kapelle des Benzin Spula auf ihrer Rückreise noch ein Konzert in Posen zu geben. Den laut gewordenen Wünschen des Publikums entsprechend, sollen zu diesem Konzert nummerierte Billets ausgegeben werden, da bei den beiden ersten Konzerten in der vergangenen Woche ein großer Theil der Konzertbesucher in Folge des übergrößen Andrangs den Konzert-Saal, ohne einen Platz gefunden zu haben, wieder verlassen mußte. Die Kapelle soll sich außerdem bereit erklärt haben, bei Zusammensetzung des Programms etwa laut werdenende Bünste des Publikums zu berücksichtigen. Bei dem überaus großen Repertoire der Kapelle wird wohl fast jeder Wunsch erfüllt werden können. Für das Konzert sind die ersten Tage des kommenden Monats in Aussicht genommen.

8. Samstag, 24. April. [Erneuerung. Postagentur. Landwirtschaftsschule. Postgebäude] Der Gutsministrator Wittner in Groß-Gay ist zum Steuererhärter für den Gutsbezirk Gr.-Gay ernannt worden. — In Lipnica, bietigen Kreises, ist seit dem 16. d. M. eine Postagentur in Wirklichkeit gesezt, welche im postdirektorialen Verlehr die Bezeichnung "Lipnica in Posen" erhalten hat. Zu diesem Postbezirk gehören folgende Drei: Lipnica-Abbau, Lipnica-Ramontka, Brodzimo, Klein-Solnitz und Groß-Solnitz. Durch diese Einrichtung ist einem tiegefahlten Bedürfnisse abgeholfen worden. — Die heutige Landwirtschaftsschule hat das neue Schuljahr mit 90 Schülern begonnen, also 2 mehr als bei Schlus des vorigen Schuljahres. Das landwirtschaftliche Schulhaus kommt in dieser Woche unter Dach und verspricht eine Bieder der Stadt zu werden. — Wie es heißt, hat die Postverwaltung mit dem hiesigen Zimmer- und Maurermeister v. W. ein Abkommen getroffen, wonach Letzterer bis spätestens zum 1. Oktober d. J. auf dem unmittelbar an der Sama gelegenen, der Wittwe Karger gehörigen Grund und Boden nach den von dieser Behörde vorgelegten Zeichnungen und Plänen ein Gebäude herstellen muß, in welchem hinreichende Lokale für das Postamt, wie bequeme Wohnung für den Postdirektor enthalten sein müssen, und welches die Postverwaltung auf die Dauer von 25 Jahren für einen übereingekommenen Riehungs in Pacht nimmt.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 25. April. In der am 24. April unter dem Vorsitz des Staatsministers v. Bötticher abgehalteten Plenarsitzung des Bundesrates sah die Versammlung zunächst Beschlüsse über die Wiederbesetzung der bei mehreren kaiserlichen Disziplinarkammern erledigten Stellen. Sobald wurde dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, unter Annahme mehrerer, seitens der Ausschüsse dazu gestellter Anträge die Zustimmung ertheilt. Ebenso stand der Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Reichs-Tabakmonopol, mit mehreren, von den Ausschüssen gestellten, nicht wesentlichen Abänderungen die Zustimmung der Versammlung. Eine Reihe von Privat-eingaben, welche sich auf die Gesetzentwürfe wegen Abänderung der Gewerbeordnung und über das Tabakmonopol bezogen, wurden in Folge der Annahme dieser Entwürfe für erledigt erklärt. Schließlich genehmigte die Versammlung gemäß den Anträgen der Ausschüsse die Vorlagen, betreffend statistische Erhebungen über den Ernteertrag, und betreffend Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen.

Wiesbaden, 25. April. Se. Majestät der Kaiser unternahm gestern wiederum eine Spazierfahrt. Zum Diner hatten der Erbgraf von Rechteren-Limpurg, der Landgerichtspräsident Hopman, die Oberregierungsräthe Molter und v. Aweyden und der Kommerzienrat Mewissen Einladungen erhalten. Abends besuchte Se. Majestät die Vorstellung im Theater. Heute Vormittag erschien der Hofmarschall Graf Verponcher und der Chef des Zivilkabinetts v. Wilmowski zum Vortrag. Ihre Majestät die Kaiserin besuchte heute Vormittag das Paulinenstift und die Anstalt des Frauenvereins. Die Abreise Ihrer Majestäten erfolgt voraussichtlich am Sonntag. Der Landgraf von Hessen und der General Neidhardt Graf v. Gneisenau sind hier eingetroffen.

Ulm, 25. April. Gestern ist hier eine Kommission hervorragender Baumeister wegen des Ausbaues des Thurm des Münsters zusammengetreten. Anwesend waren unter Anderen Professor Adler (Berlin), Junt (Köln), Ferstl und Schmidt (Wien).

München, 25. April. Die Kammer der Reichsräthe hat den Etat der Militärverwaltung pro 1882/83 einstimmig unverändert genehmigt und sich auch der abzuhaltenden Rückäußerung der Abgeordnetenkammer bezüglich des Kredites für den Bau von Kasernen angeschloß.

München, 25. April. [Kammer der Abgeord-

n e t e n.] Das Nachtragspostulat von 229,000 M. zu Bauten behufs Erhöhung der Sicherheit der beiden Hoftheater gegen Feuergefahr wurde abgelehnt. Der Regierungs-Kommissar wies nach, daß die Bupflicht des Staates zweifellos sei. Die Theater müßten bei Ablösung der Forderung entweder geschlossen, oder es müßten diejenigen Anordnungen trotzdem getroffen werden, welche die Feuerpolizei auch von jedem Privatunternehmer verlangt. — Der Präsident theilte mit, daß die Session der Kammer am nächsten Sonnabend geschlossen werde.

**Darmstadt**, 25. April. Frau Guillaume Schack ist heute vom Schöffengericht von der Anklage, sich durch einen Vortrag über die Frauenfrage groben Unzus schuldig gemacht zu haben, freigesprochen worden.

**Wien**, 25. April. Da ein Einvernehmen der beiden Delegationen bezüglich der Höhe des Pazifikationskredits nicht zu erzielen ist, so wird morgen die gemeinsame Abstimmung über den verlangten Kredit stattfinden.

**Wien**, 25. April. Der „Polit. Korresp.“ wird bezüglich der Freilassung des Korrespondenten Evans gemeldet, die Staatsanwaltschaft in Ragusa habe das Erfuchen, denselben strafgerichtlich zu verfolgen, zurückgezogen, worauf Evans sofort am 23. d. aus der Haft entlassen worden sei. Dadurch berichtige sich auch die Nachricht verschiedener Blätter, daß Evans auf Weisung des Justizministeriums freigelassen sei. Das Ministerium habe keinen derartigen Auftrag ertheilt, es vielmehr den gesetzlich befreiten Organen überlassen, ihr Amt nach dem Gesetz und dem Ergebnis der Untersuchung selbständig auszuüben. — Die Finanzsektion des Gemeinderaths hat sich für die Beteiligung der Komune Wien an der Hygiene-Ausstellung in Berlin ausgesprochen.

**Wien**, 25. April. Gegenüber den Mitteilungen verschiedener Blätter ist die „Polit. Korresp.“ in der Lage als zuverlässig zu konstatiren, daß der Präliminarvertrag, der Staatsbahn mit der ungarischen Regierung dem Wiener Verwaltungsrathe offiziell mitgetheilt und nach eingehender Diskussion angenommen worden ist. Hieron wurde das Pariser Komitee und die ungarische Regierung verständigt.

**Wien**, 25. April. Ringtheater-Prozeß. Angeklagte Landsteiner behauptet, er habe wiederholt Feuerwehrmänner beordert, nachzusehen, ob Niemand im Hause sei. Feuerwehrmänner, welche mit Jackeln auf den Galerien gewesen, hätten ihm berichtet, daß Niemand oben sei. Er habe daher nichts anderes sagen können. Angeklagter stellt in Abrede, daß er mit Helmsberger gesprochen, und weist den Vorwurf der Feigheit unter Hinweis auf die schwierigen Dienste zurück, bei denen er oft den Tod vor Augen gehabt. Er hält die Behauptung aufrecht, daß er mit dem Ingenieur Wilhelm gesprochen habe. Die Angeklagten Ingenieur Wilhelm und Requisitenmeister Heer erklären sich nicht schuldig. Sie sagen, daß Alles auf den Brandplatz mitgenommen worden sei, was die Feuerwehr an Requisiten besessen habe. Heer deponirt, daß er als der Erste in das brennende Haus eingedrungen sei, aber vor Rauch nicht weiter gekonnt habe. Er habe überall zu helfen gesucht, wo ihm die Gefahr größer erschien. — Angeklagter, ehemaliger Bürgermeister Dr. Rewald rechtfertigt sein Verhalten, indem er betonte, daß er alle von der Statthalterei getroffenen Bestimmungen und Weisungen befolgt habe. Das Protokoll vom 9. April sei den Theaterdirektoren zugestellt worden, mit der Bemerkung, daß dasselbe noch vervollständigt werden solle und genau zu befolgen sei. Er fühle sich unschuldig. — Morgen beginnt das Zeugenverhör.

Wie die heutigen Abendblätter melden, wird das Mai-Advancement morgen veröffentlicht werden. Kriegsminister Graf Bylandt-Rheindl und der Gouverneur von Bosnien, FML. Dahmen, sollen zu Feldzeugmeistern, die Feldmarschallleutnants Oppel und Szapary zu Generalen der Kavallerie ernannt sein.

**Madrid**, 25. April. Das gegen den Finanzminister beantwortete Tadesvotum ist von der Kammer der Deputirten abgelehnt worden.

**Kopenhagen**, 25. April. Das Landsting nahm mit 37 gegen 21 Stimmen eine der Regierung günstige Tagesordnung bezüglich der Befestigungsvorlage an. Das Zentrum und die Linke hatten dagegen gestimmt.

**Paris**, 24. April. Wie verschiedene Abendblätter melden, würde der diesseitige Botchafter beim Vatikan, Desprez, demnächst in den Ruhestand versetzt werden.

**Rotterdam**, 25. April. Der Gemeinderath hat mit 31 gegen 5 Stimmen beschlossen, 4 Millionen Fl. für den Ankauf der „Rotterdamischen Handelsvereinigung“ zu bieten.

**London**, 25. April. Die königliche Yacht „Victoria and Albert“ mit dem Fürsten, der Fürstin und den Prinzessinnen von Waldeck an Bord ist heute früh nach einer sehr stürmischen Fahrt in Sheerness angekommen und wird gegen Mittag hier landen.

**London**, 25. April. [Unterhaus.] Unterstaatssekretär Dilke erwiderte Mac Toan, die Regierung habe keine Nachricht über die Lage Midhat Pascha's in Taif und dessen Familie in Smyrna erhalten, der Botchafter Lord Dufferin sei indessen telegraphisch angewiesen worden, über den Thatbestand Erkundigungen einzuziehen. — Anlaßlich der Debatte über den Budgetbericht und die Resolutionen zum Budget erklärte der Schatzsekretär Cavendish auf eine Anfrage Wolff's, die Regierung habe es für unmöglich gehalten, sich wegen der gestern im Budgetbericht erwähnten, von den Einkünften Cypruss zurückbehaltenen 90,000 Pf. Sterling mit der Pforte ins Einvernehmen zu setzen, da dieselben zur Deckung der seiner Zeit für die Pforte bezahlten Zinsen der von England und Frankreich garantierten türkischen Anleihe verwendet würden. Der Bericht und die Resolutionen wurden angenommen. Das Haus setzte sodann die zweite Lesung der Bill betreffend die Wahlbestechung fort.

**Konstantinopel**, 25. April. Die Pforte erklärt das Gerücht betreffend die demnächstige Absendung eines türkischen Spezialkommissars nach Egypten formell für unwichtig.

**Konstantinopel**, 25. April. Nach dem Ausweis des Administrationsrathes der türkischen Shuld per März betrugen

die Nettoeinnahmen 171,030 türkische Pf., an die europäischen Zahlstellen wurden 66,045 türkische Pf. gesandt.

**Athen**, 25. April. Die Kammer der Deputirten votierte ein Tadesvotum gegen das frühere Kabinett Kommunduros wegen Unterzeichnung der türkisch-griechischen Konvention.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Bosen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Meteorologische Beobachtungen zu Bosen im April.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind. W i n d.	Wetter. Wetter.	Temp. Grad.
25. Nachr. 2	745,1	SW lebhaft	bedeckt <sup>1)</sup>	+14,5
25. Abends. 19	745,3	W mäßig	heiter	+ 8,1
26. Morgs. 6	742,2	SO mäßig	trübe	+ 7,7

<sup>1)</sup> Regenbörne: 1,0 mm.  
Am 25 Wärme-Maximum +16°7 Cels.  
Wärme-Minimum +7°8

### Wetterbericht vom 25. April, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Regenfall. reduz. in mm.	Wind. W i n d.	Wetter. Wetter.	Temp. Grad.
Mullingmore	748	NW	3 halb bedeckt	8
Aberdeen	741	NW	6 halb bed. <sup>1)</sup>	8
Christiania	740	SW	2 Nebel	6
Roskilde	746	SW	4 bedeckt	10
Stockholm	747	SSW	2 halb bedeckt	11
Hanover	744	SO	2 Regen	2
Petersburg	755	SSO	3 bedeckt	6
Kostau	761	W	1 bedeckt	2
Cork, Queenst.	747	RD	4 Regen <sup>2)</sup>	9
Brest	752	WSW	5 Regen <sup>3)</sup>	11
Helder	745	WSW	4 Regen	8
Salt	743	SW	5 Regen	7
Hamburg	748	SW	6 wolfig <sup>4)</sup>	10
Swinemünde	750	S	5 wolfig <sup>5)</sup>	11
Reichshofmässer	752	SW	2 wolfig <sup>6)</sup>	13
Memel	751	W	1 Regen <sup>7)</sup>	10
Paris	756	SSW	2 Regen	8
Münster	749	SW	7 bedeckt <sup>8)</sup>	7
Karlsruhe	756	SW	9 Regen <sup>9)</sup>	9
Wiesbaden	753	SW	3 bedeckt <sup>10)</sup>	8
München	759	SW	3 wolfig	10
Leipzig	752	SSW	4 bedeckt <sup>11)</sup>	9
Berlin	750	SW	4 wolfig <sup>12)</sup>	11
Breslau	755	SW	wolkenlos	10
Ne d'Aix	758	W	3 Regen	11
Nizza	760	O	4 wolfig	14
Triest	761	O	1 halb bedeckt	14

<sup>1)</sup> Seegang leicht. <sup>2)</sup> Seegang mäßig. <sup>3)</sup> Große See. <sup>4)</sup> Nachts Regenschauer. <sup>5)</sup> Nachmittags Gewitter mit Regen. <sup>6)</sup> Nachts Regen. <sup>7)</sup> Nachts leichter Regen. <sup>8)</sup> Gestern und Nachts Regenschauer. <sup>9)</sup> Nachmittags Gewitter. <sup>10)</sup> Nachts Regen. <sup>11)</sup> Früh Regen. <sup>12)</sup> Regen.

### Skala für die Windstärke:

1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = leicht, 6 = stark, 7 = weiß, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = harter Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

### Übersicht der Witterung

Während das gestern erwähnte Minimum im Nordwesten nordostwärts bis zur nordnorwegischen Küste fortgeschritten ist, ist über der nördlichen Nordsee eine neue tiefe Depression erschienen, welche ihren Einfluß südwärts bis zum Fuße der Alpen ausbreitet, in Westdeutschland starke südwestliche Luftbewegung mit trübem, vielfach regnerischem Wetter, im Osten schwache südwestliche Winde bei meist heiterer und trockener Witterung bedingend. Karlsruhe meldet Südweststurm. Die Temperatur ist über Zentral-Europa meist gesunken, so daß dieselbe wieder vielfach unter den normalen liegt. Swinemünde hatte gestern Nachmittag Gewitter.

### Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.			
Bosn, am 25 April Morgens 0,74 Meter.			
= 25	= Mittags 0,74	=	=
= 26	= Morgens 0,72	=	=

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Kredits-Course.

Frankfurt a. M., 25. April. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,44. Pariser do. 81,02. Wiener do. 169,75. R.-M. St.-A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 102½ R.-M.-Br.-Anth. 128½ Reichsanl. 101½. Reichsbank 148. Darmst. 163. Neiminger B. 12½. West.-ung. B. 698,50. Kreditaktien 290½ Silberrente 65½, Papierrente 64½. Goldrente 80½. Ung. Goldrente 75½ 1860er Loose 121½. 1864er Loose 326,80. Ung. Staatsl. 226,70. do. Ostb.-Ostl. II. 94½. Böhm. Westbahn 263. Elisabethb. — Nordwestbahn 178½. Salzg. 263. Franzosen 281. Lombarden 122½. Italiener 90½. 1877er Russen 86½. 1880er Russen 71½. II. Orientali. 57½. Zentr.-Pacific 12½. Diskonto-Kommandit — III. Orientali. 57½. Wiener Bankverein 102½. ungarische Papierrente —. Buschtiere 8—. Überbleibsel 5½. österr. Papierrente 78½.

Na. Schluß der Börse: Kreditaktien 290½. Franzosen 281½. Gasz. 263. Lombarden 122½. II. Orientali. —. III. Orientali. —. österr. Goldrente —.

Frankfurt a. M., 25. April. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 290½. Franzosen 281. Lombarden 122½. Gasz. 263. österr. Goldrente —. ungarische Goldrente 75½. II. Orientali. —. Silberrente —. Papierrente —. III. Orientali. —. 1880er Russen 71½.

Wiener Bankverein —. 1860er Loose —. Diskonto-Kommandit —. Ruhig.

Wien, 25. April. (Schluß-Course.) Biennlich fest. Banken und Renten behauptet, Franzosen matt. Nordbahn erholt.

Papierrente 76,32½. Silberrente 77,40. österr. Goldrente 94,20. 5-proz. ungarische Goldrente 119,90. 4-proz. ung. Goldrente 89,15.

5-proz. ung. Papierrente 87,50. 1854er Loose 119,70. 1860er Loose 130,50. 1864er Loose 172,50. Kreditloose 179,00. Ungar. Prämienl. 117,00. Kreditaktien 341,49. Franzosen 330,75. Lombarden 144,75. Gasz. 309,25. Rath.-Oderb. 148,70. Bardubitzer 152,50. Nordwestbahn 209,25. Elisabethbahn 210,50. Nordbahn 2630. Österreich. ung. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 128,40. Anglo-Austr. 132,75. Wiener Bankverein 119,75. Ungar. Kredit 337,00. Deutsche Plätze 58,75. Londoner Wechsel 120,25. Pariser do. 47,70. Amsterdamer do. 99,75. Napoleons 9,53½. Dukaten 5,63. Silber

100,00. Marknoten 58,75. Russische Banknoten 1,21½. Lemberg-Ezernowis —. Kronpr. Rudolf 168,50. Franz.-Josef —. Dur-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. 4-forgent. ungar. Bodencredit-Papierbriefe —. Elbthal 220,00. 5-proz. österr. Papierrente 92,80. ungar. Goldrente —. Buschtiere 8—. Ung. Bräml. —. Escompte —. Ausweis der österreichisch-französischen Staatsbahn vom 16. bis zum 22. April 601,707 fl. Mehreinnahme 10,167 fl.

Wien, 25. April. (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien 337,25. österr. Kreditaktien 341,50. Franzosen 331,50. Lombarden 144,25. Gasz. 109,00. Anglo-Austr. —. österr. Amerikrente 76,52½. do. Goldrente 94,20. Marknoten 58,77½. Napoleons 9,53½. Bankverein 120,00. Elbthal 220,00. ungar. Papierrente 87,50. 4-prozent. ungar. Goldrente 89,17½. österreichische Goldrente 119,90. Nordwestbahn 209,25. Geschäftlos.

